

# *SD-Poscht*

*Informationsblatt für Mitglieder und Sympathisant(inn)en der SD im Kanton Zürich*

## **Der Wachstumswahn grassiert weiter ...**

Dazu gehört ganz besonders der noch immer weit verbreitete Irrglaube, Bevölkerungswachstum bringe uns mehr Wohlstand. Nicht nur Gemeinderäte von Bünzlikofen hinter den sieben Bergen glauben, ihrem Dorf gehe es besser, wenn es sich mit Plantagen von Einfamilienhäuschen und Mietskasernen umgebe. Auch der Zürcher Stadtrat hat aus Verkehrschaos, überfüllten Trams und Bussen und einem immensen Finanzbedarf für neue Schulhäuser, Ausbauten der wegen des Baubooms überlasteten Kanalisation und anderem mehr rein gar nichts gelernt. In der "Neuen Zürcher Zeitung" vom 28. November 2019 etwa findet sich ein Bericht mit dem Titel

### **"Stadtrat gibt Gas bei Verdichtung am Friesenberg"**

Die Damen und Herren im Stadthaus stossen sich daran, dass im besagten Quartier etwa 11'000 Menschen "oft in zwei- bis dreistöckigen Häuschen mit sehr viel Grün darum herum" leben, die Hälfte davon günstig in der Familienheim-Genossenschaft. So eine Frechheit von diesen Leuten, nicht in siebenstöckigen Silos zu wohnen, die so nahe beieinander stehen, dass man sieht, was der Nachbar im Haus gegenüber zum "Zmittag" kocht! Das muss jetzt aber sofort anders werden. Im Friesenberg-Quartier soll aufgezont werden, damit die wohnlichen Siedlungen mit viel Grün abgebrochen werden. Dann wird endlich höher und dichter gebaut. Dass die Wohnungen dann auch viel mehr kosten, wird als "Kollateralschaden" hingenommen. Das freut die Stadtregierung sogar, denn so werden seit Jahrzehnten ansässige Arbeiter und Angestellte mit normalem Lohn aus der Stadt verdrängt und ziehen stattdessen "urbane, gut ausgebildete, liberale" Neuzuzüger ein. Es sind vor allem immer mehr Pädagogen, Psychologen, Sozialarbeiter und "Fachleute" von allerlei Beratungs- und Betreuungstellen – z.B. für geplagte Frauen, angeblich diskriminierte Immigranten, illegale Aufenthalter, Schwule, Süchtige, Prostituierte und was man sonst noch betreuen und hätscheln kann. Und natürlich sogenannte "Kulturschaffende", also Leute, die lieber "kultürten" als "schaffen", und denen man stattdessen eine Schaufel und einen Pickel in die Hand drücken sollte, damit sie lernen, was Arbeit ist. Alle diese Leute sind dem Stadtrat willkommen, denn sie wählen die rot-grünen Parteien, welche die Stadt als Labor für ihre dekadenten, krankhaften Gesellschaftsexperimente missbrauchen, statt für den "Büezer" einzustehen.

## Vom Recht zu bauen zum Bauzwang

Damit nicht etwa die Familienheim-Genossenschafter gegen ihren Vorstand aufbegehren und die Abbruch- und Betonklotzorgie stoppen oder private Grundeigentümer zwecks Wahrung der Lebensqualität massvoll bauen, hat sich der Stadtrat etwas ganz Neues einfallen lassen. Es soll Vorschrift werden, dass mindestens 80 Prozent der baurechtlich möglichen Ausnützung auch realisiert werden. Dass so etwas verfassungswidrig ist und im übergeordneten kantonalen Baugesetz keine Grundlage hat, interessiert die Stadtregierung nicht. Es bleibt eine schwache Hoffnung, dass vielleicht der Heimatschutz oder eine Umweltorganisation gerichtlich gegen dieses haarsträubende Vorhaben vorgeht, denn ein Normalbürger kann sich die Kosten, die mit einem solchen Verfahren verbunden sind, nicht leisten. Zu prüfen wäre, wenn der Gemeinderat diesen Wahnsinn absegnet, auch ein Referendum.

## ... und der Rentenklau auch!

Vor allem bürgerliche Kreise arbeiten hartnäckig daran, die soziale Absicherung der älteren Menschen zu schwächen. Wir sollen in Zukunft bis 67 oder noch länger auf die Rente warten, obwohl schon heute kaum jemand ab 60 noch Chancen auf eine Arbeitsstelle hat. Unsere Nationalbank leistet sich den Scherz, die Pensionskassen mit Negativzinsen zu belasten. Sogar gegen eine Überbrückungsrente für ausgesteuerte Arbeitslose ab 60 (fast alles Schweizer!) rennen sparwütige Politiker an. Dabei ist Geld hierzulande ja nicht knapp, sondern nur einseitig verteilt. Auch der Staat hätte genug davon und könnte trotz der gestiegenen Lebenserwartung unsere Renten ohne weiteres auf dem heutigen Niveau halten oder, wo nötig, auch noch etwas verbessern. Doch man schickt das Geld lieber ins Ausland. Mit "Entwicklungshilfe" werden seit Jahrzehnten leistungsunfähige Gesellschaften subventioniert, obwohl das gar nichts fruchtet. Mit Unmengen von "Hilfsgütern" wird die Fortsetzung der irrwitzigen Bevölkerungsvermehrung namentlich in Afrika und Süd-asien noch aktiv gefördert! "Kohäsionszahlungen" gehen an die EU, die uns im Gegenzug ihre Gesetze aufzwingt und sich ständig frech in die hiesige Politik einmischt. Wir schicken für viel Geld Schweizer Soldaten auf den Balkan, wo sie gewiss nichts verloren haben. Ebenso füttern wir die vielen UNO-Organisationen und die OECD, die uns dafür mit "Migrationspakten", einem übertriebenen Menschenrechtsfimmel und allerlei "internationalen Standards" beglücken. Die Liste liesse sich beliebig verlängern. Nur für die Rentner fehlt das nötige Geld. Angeblich patriotische Kräfte geben vor, für uns Schweizer einzutreten, helfen aber gleichzeitig mit, zu unserem Schaden die soziale Sicherheit zu demontieren. Da gibt es nur eine konsequente Antwort: **die heimatverbundene, umweltbewusste und soziale Politik der Schweizer Demokraten!**